



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 26. Juli 1908

(Die Reise des Präsidenten Fallières. Die jungtürkische Bewegung und die Türkei als Verfassungsstaat. Begegnung König Eduards mit Kaiser Wilhelm. Lord Cromer. Panlawistisches.)

Man ist nachgerade daran gewöhnt, daß die persönlichen Begegnungen der Monarchen, Staatsoberhäupter und leitenden Staatsmänner lange Zeit vorher zu den ausschweifendsten Phantasien und Kombinationen benutzt werden. Natürlich hält der nachfolgende Verlauf der Ereignisse nicht immer, was diese Kombinationen zu versprechen schienen. Aber darum bleiben die erwähnten persönlichen Begegnungen doch bedeutungsvoll als ein ganz der modernen Zeit angepaßtes politisches Verständigungsmittel. Gegenwärtig ist das Oberhaupt der französischen Republik auf einer solchen politischen Besuchreise begriffen. Nachdem Präsident Fallières in diesem Jahre seinen offiziellen Besuch in London abgestattet hatte, lag es im Sinne der französischen Politik nahe, daß er auch in St. Petersburg erschiene. Und da eine Reise des französischen Staatspräsidenten nach Rußland wegen der geographischen Unbequemlichkeit, die durch die Lage des Deutschen Reichs gegeben ist, notwendig zur See erfolgen muß, so konnte ein Besuch bei den nordischen Höfen, deren drei Throne in den letzten Jahren neu besetzt worden sind, sehr einfach damit verbunden werden. Wir haben natürlich keine Veranlassung, über die Reise des Präsidenten Fallières irgendwelche Beklemmungen zu empfinden, da sie an der bestehenden Lage schwerlich etwas ändern wird. Daß sie von deutschfeindlichen Kreisen zur Stimmungsmache benutzt wird, ist beinahe selbstverständlich. Weniger selbstverständlich ist, wie plump das manchmal angefangen wird. So zog ein polnisches Blatt eine Parallele zwischen Frankreich und Dänemark als zwei Länder, die beide durch einen unglücklichen Krieg wertvolle Grenzprovinzen verloren hätten und so durch gemeinsame Trauer und gemeinsamen Haß verbunden seien. Sehr angenehme Empfindungen wird die Art dieses Vergleichs zwischen der Großmacht Frankreich und dem kleinen nordischen Staat in Frankreich selbst schwerlich hervorrufen, wenn man davon Kenntnis erhalten sollte. Die französischen Blätter sind in ihrer Mehrzahl vernünftig genug, die Reise ihres Präsidenten einfach als ein Symptom der friedlichen Gesinnung Frankreichs und seines Vertrauens in die Weltlage zu kennzeichnen. In diese Betrachtungen mischt sich mitunter der Ausdruck einer heimlichen Erwartung, die man andeuten, aber doch um keinen Preis eigentlich eingestehn will. Man denkt nämlich daran, daß die Hohenzollern, die deutsche Kaiserjacht, die den Kaiser von seiner Nordlandsfahrt heimwärts und dann wieder das Kaiserpaar nach Stockholm führt, dieselben Gewässer zu passieren hat, durch die auch Fallières den Kurs nimmt. Wie leicht könnte es da eine Begegnung geben, ein Ereignis von einer gewissen pikanten Merkwürdigkeit, gleichsam vom Zufall herbeigeführt und doch nicht ganz der Absichtlichkeit entbehrend, so ganz dem sonderbaren Verhältnis entsprechend, das hinter dem offiziellen Haß Frankreichs gegen den Enkel des Siegers von Sedan doch die heimliche Liebe für die die gallische Phantasie seltsam lockende Persönlichkeit des deutschen Herrschers hervorblitzen läßt. Der Kaiser hat ja auch das manövrierende englische Geschwader auf seiner Fahrt nach Norden unvermutet getroffen; wer weiß, was sich noch weiter ereignen kann! In Deutschland freilich urteilt man sehr kühl und skeptisch über diese jedenfalls von unsrer Seite nicht beabsichtigte Möglichkeit. Ja es würde sich wohl bei einer Umfrage herausstellen, daß die Mehrheit

Grenzboten III 1908

32

der deutschen Bevölkerung eine Begegnung des Kaisers mit dem Präsidenten nicht wünscht, gewiß nicht aus Feindseligkeit gegen Frankreich, sondern weil Proben und Erfahrungen genügsam bewiesen haben, daß alle Versuche, die französisch-deutschen Beziehungen über den Charakter kühler Korrektheit hinauszuführen, verfrüht sind, und es darum besser ist, durch solche Vorgänge, wie es ein persönliches Zusammentreffen der Staatsoberhäupter sein würde, keine Irrtümer herbeizuführen, die vielleicht die Ursache unangenehmer Rückschläge werden könnten. Man muß die Früchte reifen lassen; künstlich nachhelfen kann man da nur wenig.

Wir haben in unsrer letzten Betrachtung die mazedonische Frage soweit beleuchtet, als sie in Beziehung zu der Gesamtpolitik der europäischen Großmächte, insbesondre Englands steht. Noch nicht erwähnt hatten wir die ziemlich unerwartet einsetzende jungtürkische Bewegung, die sich inzwischen zu großer Bedeutung entfaltet hat. Und schon ist eine der merkwürdigsten Wirkungen eingetreten, an deren Möglichkeit noch vor wenigen Tagen niemand gedacht hat, nämlich der Entschluß des Sultans, die seit einunddreißig Jahren nicht mehr beachtete Verfassung wiederherzustellen.

Daß sich bei dem Versuch, die Autonomie Mazedoniens von der Pforte zu extorzen, das türkische Selbstgefühl stärker als früher regen würde, war zu erwarten. Als nun die ersten Nachrichten kamen, daß in Mazedonien und Albanien unter den Truppen Unruhen ausgebrochen seien, daß höhere Offiziere von jüngern Untergebenen ermordet worden seien, und daß die Bewegung den Charakter einer jungtürkischen Verschwörung zeige, da schien die Auffassung berechtigt, daß die Einmischung der europäischen Mächte und der beständig auf die Entschließungen des Sultans geübte Druck die unmittelbare Ursache der Erbitterung sei. Das ist gewiß auch richtig, aber es kommen weitere Ursachen einer tiefgehenden Unzufriedenheit und Erbitterung hinzu, die in innerpolitischen Verhältnissen zu suchen sind. Das alte Übel der türkischen Zivil- und Militärverwaltung, das in der unregelmäßigen Soldauszahlung zum Ausbruch kommt, wird in neuerer Zeit immer schärfer empfunden, weil es den türkischen Beamten und Offizieren durch ihre häufigere und nähere Berührung mit Ausländern deutlicher bewußt wird. Man kann es ihnen nachfühlen, daß sie anfangen, diese Verhältnisse als unwürdig zu empfinden. Und dabei wissen und erfahren sie zur Genüge, wie an andern Stellen und zu andern Zwecken öffentliche Gelder geradezu verschleudert werden. Noch drückender empfinden sie das Spitzelwesen, dem sie ausgeliefert, von dem sie überall umgeben sind. Dabei sind sie aber durchaus keine Revolutionäre; sie sind ihrem Glauben und dem Sultan treu ergeben.

Was bei dieser ganzen Bewegung am meisten überraschte, das waren die Anzeichen, die auf eine lange, systematische Vorbereitung schließen ließen. Zuerst glaubte man wohl noch, daß es sich nur um wenige Unzufriedene handle, die den Augenblick zum Losschlagen für gekommen hielten. Nach wenigen Tagen war kein Zweifel mehr, daß eine weitgehende Übereinstimmung bis in die Kreise der höhern Offiziere hinein herrschte, daß es nicht vereinzelte Meutereien waren, sondern daß die mazedonischen und albanischen Armeekorps mit ihren Forderungen politischer Reformen bitteren Ernst machten.

Das war alles vorbereitet und im Werke gewesen, ohne daß die Späherorganisation, deren Fäden im Yildiz Kiosk zusammenlaufen, eine Ahnung davon hatte, geschweige denn daß die verantwortlichen Behörden etwas davon erfahren und den Sultan unterrichtet hatten. Auf diese Erfahrung war — so scheint es — Sultan Abdul Hamid denn doch nicht gefaßt, und man kann es sich wohl denken, daß er einen tiefen Eindruck davon empfing. Die nächste Folge war die Entlassung

des Großwesirs Farid Pascha, dem der Padischah das Vorgefallne wohl um so schärfer anrechnen mochte, als Farid selbst Albanese ist. Der neue Großwesir Said Pascha — man hat ihn zum Unterschied von andern türkischen Staatsmännern gleichen Namens immer den „kleinen Said“, Rüşdî Said, genannt — wurde wahrscheinlich vom Sultan, dessen Vertrauen er nicht immer besessen hat, deshalb gewählt, weil ihm der Ruf der Reformfreundlichkeit und eines gewissen Anglophilemtums vorausging. Rüşdî Said hatte in dem ersten türkischen Parlament, das bald nach der Thronbesteigung Abdul Hamids 1876 unter dem Einfluß Midhat Paschas berufen und nach wenigen Monaten wieder heimgeschickt worden war, dem Senat angehört; er galt als einer der Mitarbeiter an der damaligen Verfassung. Damit bereitete der Sultan die Ankündigung vor, die wenige Tage nach dem Wechsel im Großwesirat folgte: die Einberufung eines neuen Parlaments, vorläufig anscheinend auf Grund derselben Verfassung, die niemals förmlich aufgehoben wurde, aber doch seit einunddreißig Jahren in der Versenkung verschwunden ist.

Wie wird dieser bedeutsame Schritt weiter verlaufen, und was für Folgen wird er haben? Die Frage ist jetzt natürlich noch nicht endgiltig zu beantworten. Aber dieser Entschluß des Sultans zeigt jedenfalls, wie ernst er die Lage auffaßt, wie er von der Überzeugung durchdrungen sein muß, daß sein bisheriges System völlig versagt hat, und daß etwas Besondres und Entscheidendes geschehen muß, um seine Autorität bei der Armee und das Vertrauen zwischen dem Hause der Osmanen und den besten Elementen der türkischen Nation wiederherzustellen. Und in dieser Erkenntnis hat der staatskluge und erfahrene Herrscher nicht einen Augenblick gezögert, sofort ganze Arbeit zu machen und den Übergang zur konstitutionellen Staatsform zu verkünden. Er weiß freilich auch, daß es den Jungtürken auf die Verfassung selbst eigentlich gar nicht so sehr ankommt, wenn unter Festhaltung der nationalen Rechte der Türken und der Integrität des Reichs das Vertrauen auf die Abstellung der schlimmsten Mißbräuche befestigt wird. Denn die Jungtürken wollen als entschiedne Mohammedaner und getreue Untertanen des Sultans die aus dieser Stellung folgenden rechtlichen Grundanschauungen nicht erschüttert sehen; sehr schwer jedoch ist das Recht des Korans mit den Rechtsgrundlagen des modernen Verfassungsstaates in Einklang zu bringen. Man steht also noch vor manchem Fragezeichen.

Näher geht uns freilich die Frage an, ob die Stellung der Mächte durch den Entschluß des Sultans eine Änderung erleidet. Einstweilen wird das nicht der Fall sein. Wenn die ersten Nachrichten über die jungtürkische Bewegung den Gedanken an eine europäische Intervention auftauchen ließen, so zeigte sich auch sehr bald die allgemeine Abneigung gegen einen solchen Versuch. Seit aber die Einberufung eines türkischen Parlaments bekannt geworden ist, denkt erst recht niemand daran, sich in diese Fragen einzumischen.

Das wirkt natürlich auch auf die allgemeine Lage beruhigend, und die gleiche Wirkung darf man von der am 11. August in Homburg stattfindenden Zusammenkunft König Eduards mit Kaiser Wilhelm erwarten. Diese Begegnung wird hoffentlich dazu beitragen, daß die in letzter Zeit wieder gelegentlich bemerkbare allgemeine Spannung in der europäischen Lage nachläßt. Vorläufig wird dadurch eine ganze Reihe von Kombinationen, die von Gegnern unsers Reichs angestellt worden waren, Lügen gestraft.

Erst in der letzten Woche hatte ein Vorgang im britischen Oberhause in einem Teil unsrer Presse und an der Berliner Börse eine Auslegung gefunden, die von hochgradiger Nervosität zeugte. Wir meinen die kriegerischen Befürchtungen, die

von Lord Cromer angeblich ausgesprochen worden sein sollen. Lord Cromer schwebt uns immer noch vor als der Mann, der in Ägypten eine der schwierigsten Aufgaben, die der Staatskunst und Kulturarbeit gestellt werden konnten, ruhmvoll und glänzend gelöst hat. So hat man den Worten, die er jetzt als Mitglied des Oberhauses gesprochen hat, unwillkürlich ein Gewicht beigelegt, das sie nicht haben. Auch konnte die Deutung, die man ihnen gegeben hat, nur dadurch möglich werden, daß man sie aus ihrem Zusammenhange riß. Lord Cromer hielt es für nötig, darauf aufmerksam zu machen, daß sich der Staat in einer Zeit und einer Weltlage, die an allen möglichen Spannungen reich ist und die Möglichkeit eines Weltkriegs nicht ausschließt, nicht finanziell festlegen und sich nicht der Verfügung über bedeutende Mittel begeben dürfe. Das ist eine Mahnung, die uns Deutschen so selbstverständlich erscheint, daß, wenn sie aus dem Munde eines deutschen Politikers kommt, wir kaum darauf achten und uns höchstens wundern, wenn ausländische Stimmen darüber Unruhe verraten. Als uns jetzt die gleiche selbstverständliche Mahnung, aus ihrem Zusammenhange gelöst, von einem englischen Staatsmann berichtet wurde, glaubte man sie nicht anders deuten zu können als durch die Annahme, Lord Cromer habe eine kriegerische Verwicklung in Aussicht stellen wollen. Erst hinterher merkte man, daß man einen Gedanken aus dem Nebensatz in den Hauptsatz gestellt hatte. Die allgemeine Behauptung, daß ein Großstaat immer daran denken müsse, wie leicht sich in unsrer Zeit in kurzer Frist ein Zusammenstoß verschiedener Interessen und damit ein kriegerischer Konflikt ergeben kann, wird bei uns am allerwenigsten beanstandet werden können. Es fragt sich nur, zu welchem Zweck und in welchem Zusammenhange dieser Gedanke ausgesprochen wird. Das war in diesem Falle einfach genug. Im britischen Oberhause wurde der Gesetzentwurf über die Altersversorgung beraten, und Lord Cromer war, wie gerade in England viele der alten grundsätzlichen Freihandelsfreunde, der Meinung, daß die soziale Fürsorge dieser Art über kurz oder lang zum Schutzollsystem führen müsse. Und da er weiter glaubt, daß das Schutzollsystem die Möglichkeiten internationaler Konflikte vermehrt, während die vom Staat übernommenen neuen Fürsorgepflichten große Kapitalien festlegen, so glaubte er von seinem politischen Standpunkt aus die Warnung aussprechen zu müssen, der Staat solle die Möglichkeit, im Fall eines baldigen Krieges auch die Mittel zur Verfügung zu haben, nicht aus dem Auge verlieren. Daraus den Gedanken abzuleiten, Lord Cromer habe zum Kriege mit Deutschland treiben wollen, liegt nicht die geringste Veranlassung vor.

Feindselige Treibereien gegen Deutschland gruppieren sich um andre Mittelpunkte. Besonders rührig ist in diesem Punkte die slawische Welt. Zwar hat der allslawische Kongreß, der kürzlich in Prag tagte, ebenso wie die vorangehende Versammlung in St. Petersburg, betont, daß die slawische Gemeinschaft nur eine geistige und kulturelle, keine politische sei, aber das wirklich einigende Prinzip dieser Bewegung ist lediglich die Feindschaft gegen das Deutschtum, und diese findet ihren Ausdruck doch zuletzt auf politischem Gebiete. Alles übrige ist mehr oder weniger Verbrämung und Maske. Eine positive politische Verbrüderung aller Slawen ist allerdings eine Utopie. Unter den Südslawen vertragen sich Serben und Bulgaren nur schlecht, und bei dem Greifen nach der mazedonischen Beute fehlte schon vor einigen Tagen nicht viel daran, daß sich die beiden „Brüdernationen“ gegenseitig an die Kehle sprangen. In Galizien werden die Ruthenen von den Polen geknechtet, und ob die Harmonie zwischen Polen und Tschechen allen Stürmen gewachsen ist, erscheint mindestens zweifelhaft. Was aber Polen und Russen anlangt, so sind die polenfreundlichen Anwandlungen der russischen Fortschrittler nur

ein schlechter und ungenügender Beweis für den Ausgleich der so weit auseinanderklaffenden Interessen. Der Dziennik Poznański leitete kürzlich einen Abschnitt seiner Betrachtungen über den Prager Kongreß mit den Worten ein: „Die Frage der slawischen Solidarität ist in erster Linie eine polnisch-russische Frage. Solange Rußland die Polen drangsalirt, ihnen jede Bewegungsfreiheit hemmt und ihnen den Weg zur nationalen und kulturellen Entwicklung versperert, kann offenbar von Verständigung unter den Slawen nicht die Rede sein.“

Die Brüderlichkeit, die in diesen Sätzen zum Ausdruck kommt, ist nicht sehr groß. Aber man darf nicht vergessen, daß der Haß ein noch besserer Kitt ist als die Liebe, und dasselbe Blatt, das das soeben angeführte Bekenntnis über die polnisch-russischen Beziehungen niederschrieb, pries erst vor kurzem das neuerwachte Interesse für den Panlawismus als den Beginn einer Bewegung für die über kurz oder lang bevorstehende weltgeschichtliche Auseinandersetzung zwischen Deutschtum und Slawentum. Man wird deshalb dieser Bewegung die größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Die indirekte Besteuerung in Deutschland, England, Frankreich und Amerika. Der Vorwärts hat dieser Tage an der Hand der von zwei englischen Gelbbüchern veröffentlichten Daten über deutsche und englische Arbeiterbudgets wiederum Gelegenheit zu finden geglaubt, sich über die elende Lage der deutschen Arbeiterschaft entrüsten zu dürfen. Diese Gelbbücher sind nun mittlerweile von der englischen Regierung selbst wieder aus dem Verkehr gezogen worden, weil sich die darin veröffentlichten Angaben als zu unzuverlässig erwiesen haben. Es ist in der Tat eine eigne Sache mit diesen sogenannten Haushaltsbudgets, es ist da willkürlichen Verallgemeinerungen Tür und Tor geöffnet. Wirklich einwandfreie Vergleiche über die Lage der Massen ermöglicht zurzeit nur die Steuer- und Konsumstatistik. Und gerade da ist in den letzten Wochen eine äußerst wertvolle englische Arbeit erschienen, die die Gelehrten des Vorwärts allerdings übersehen haben. Diese Arbeit ist betitelt:

S. Rosenbaum, Food Taxation in the United Kingdom, France, Germany and the United States. (Journal of the Royal Statistical Society, Vol. LXXI, Part 2. 30th June 1908, pg. 319—380.)

Rosenbaum untersucht in sehr sorgfältiger Weise den Ertrag der Zölle auf Kolonialwaren, Zucker, Tabak und Nahrungsmittel sowie die innere Besteuerung von Getränken, Tabak und Nahrungsmitteln für die Jahre 1870, 1875, 1880, 1885, 1890, 1895, 1900, 1901 bis 1906 getrennt für das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland und die Vereinigten Staaten. Seine Hauptergebnisse hat er auf Seite 358 zusammengefaßt. Danach betrug die Prokopfbelastung in Pfund Sterling oder in Mark:

Vereinigtes Königreich			Frankreich		Deutschland		Vereinigte Staaten	
Pfund Sterling	Mark		Pfund Sterling	Mark	Pfund Sterling	Mark	Pfund Sterling	Mark
1870	1,31	26,72	0,63	12,85	—	—	0,97	19,17
1875	1,35	27,54	1,05	21,42	0,30	6,12	0,74	15,10
1880	1,22	24,88	1,17	23,86	0,37	7,54	0,73	14,90
1885	1,25	25,50	1,15	23,46	0,53	10,82	0,70	14,28
1890	1,22	24,88	1,23	25,09	0,70	14,28	0,77	15,71
1895	1,24	25,30	1,28	26,12	0,62	12,65	0,57	11,63
1900	1,42	28,79	1,34	27,33	0,73	14,89	0,95	19,38
1903	1,61	32,84	1,28	26,11	0,73	14,89	0,88	17,95
1906	1,50	30,60	1,27	25,90	0,78	15,91	0,88	17,95

Eine weitere Übersicht (S. 360) weist den Steuerertrag aus Nahrungsstoffen und Kolonialwaren, Getränken und Tabak nach. Die Prokopfrate stellt sich da folgendermaßen dar:

1906

	Nahrungsstoffe und Kolonialwaren	Getränke	Tabak
	Mark pro Kopf	Mark pro Kopf	Mark pro Kopf
England	6,65	17,75	6,32
Frankreich	8,36	9,58	7,75
Deutsches Reich	10,00	4,48	1,43
Vereinigte Staaten	3,47	10,81	3,67

Die Geringfügigkeit der Belastung von Getränken als: Bier, Wein, Branntwein und von Tabak in Deutschland gegenüber der in den andern verglichenen Staaten leuchtet ohne weiteres ein.

Man könnte nun einwenden, daß vielleicht der Branntwein-, Bier- und Tabakkonsum in Deutschland infolge der „elenden Lage“ der Volksmassen ein sehr geringer ist. Dies ist nicht der Fall. Der Deutsche konsumiert vielmehr um 60 Prozent mehr Branntwein als der Engländer oder Amerikaner; in Deutschland beträgt die Prokopfrate an absolutem Alkohol 4 Liter, in England und Amerika je 2,3 bis 2,4. Auch der Bierkonsum ist in Deutschland nur um ein geringes niedriger als in England (hier 115 bis 120, in England etwa 125 Liter), aber um ein Drittel höher als in Amerika. In Frankreich spielt freilich der erhöhte Weingenuß eine große Rolle; der Franzose hat den höchsten Alkoholkonsum. Was den Tabakkonsum anlangt, so beträgt dieser in England nur 2 Pfund englisch = 0,9 Kilogramm auf den Kopf, in Frankreich 1,1 bis 1,2 Kilogramm, in Deutschland dagegen 1,7 Kilogramm!

Ives Guyot hat in einer Diskussion zu dem Bericht von Rosenbaum bemerkt, daß man in Frankreich die Belastung der Konsumenten infolge der Nahrungsmittelzölle höher veranschlagen müsse. Man müsse annehmen, daß etwa 70 Millionen Meterzentner Weizen in den innern Verkehr übergehn, woraus sich eine Belastung von 350 Millionen Franken ergebe. Desgleichen würde durch die Fleisch- und Viehzölle eine Belastung von etwa 150 Millionen hervorgebracht. Insgesamt müsse man also noch mit 500 Millionen Franken Mehrbelastung rechnen, woraus sich etwa 13 Franken auf den Kopf der Bevölkerung ergeben.

Wenn man die Guyotsche Berechnung auf Deutschland überträgt, dürfte, weil in Deutschland der Roggenkonsum den Konsum von Weizen um das Doppelte übertrifft, und der Roggen um etwa 10 Prozent geringer belastet ist, mit einer Mehrbelastung von höchstens 10 Mark auf den Kopf, die durch die Nahrungsmittelzölle verursacht werden, gerechnet werden können.

Die Minderbelastung der deutschen Bevölkerung gegenüber der englischen und der französischen ist also immerhin recht beträchtlich. Sie würde England gegenüber immer noch 4,7 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, Frankreich gegenüber 10,60 Mark betragen.

In bezug auf die Union scheint allerdings eine Mehrbelastung vorzuliegen; allein es ist zu beachten, daß die Verteuerung des Zuckers für den innern Konsum durch die Steuern nicht voll erfaßt wird. Die gesamte Zuckersteuer hat in der Union im Jahre 1906 52,6 Millionen Dollars betragen, während die Gesamtverteuerung durch den Zoll (der im Inlande produzierte Zucker zahlt keine Steuer, desgleichen ist der Zoll für eingeführten kubanischen Zucker recht mäßig) auf 128 Millionen zu rechnen ist. Konsumiert worden sind in der Union im Jahre 1906 2,86 Millionen Tonnen Zucker. Rechnet man die Belastungsmöglichkeit zu 2 Cents für das Pfund (= dem Zollsatz für eingeführten Rübenzucker), so sind das 128 Millionen Dollar. Es würde sich also in Wirklichkeit eine Mehrbelastung von 3,67 Mark

auf den Kopf der Bevölkerung der Union herausrechnen lassen gegenüber den Angaben von Rosenbaum. Desgleichen sind von Rosenbaum die außerordentlich hohen Lizenzen, die die Getränkeverkäufer in Amerika bezahlen müssen, nur zu einem kleinen Teil erfasst: sie betragen nicht $1\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Sterling jährlich (S. 353), sondern etwa 11 bis $11\frac{1}{2}$ Millionen. Die Getränkelizenzabgaben erhöhen somit die Belastung des Amerikaners um weitere $2\frac{1}{2}$ Mark, sonstige Lizenzen (die 1902 etwa 19,8 Millionen Dollar einbrachten), um 1 Mark. Die Gesamtbelastung der Getränke und Nahrungsmittel des Amerikaners stellt sich also ebenfalls auf über 25 Mark, d. h. auf den Betrag, den man für Deutschland im ungünstigsten Falle, bei recht hoher Einschätzung der Wirkung der Getreide- und Fleischzölle, finden könnte.

Zur Geschichte des preußischen Wahlrechts. Der frühere national-soziale Abgeordnete von Gerlach hat in seiner Schrift „Die Geschichte des preußischen Wahlrechts“ (Berlin, Buchverlag der „Hilfe“, 1908) vielerlei Material aus den Parlamentsberichten und andern Quellen zusammengetragen. Wenn wir den Fleiß, den er darauf verwandt hat, gern anerkennen und ihm für seine Sammlung dankbar sind, so müssen wir doch hervorheben, daß er eine geschichtliche Darstellung ganz und gar nicht geliefert hat. Es fehlt ihm durchaus an historischem Verständnis. Er beurteilt die Menschen nach seinem Maßstab und tangelt sie ab, wenn sie anderer Meinung sind, während es doch die Aufgabe des Historikers ist, in erster Linie die Vergangenheit aus ihren Voraussetzungen zu verstehen. So berücksichtigt Gerlach nicht, daß der klassische Liberalismus von dem unbedingt gleichen Wahlrecht nichts wissen wollte, auch der geheimen Abstimmung nicht sonderlich geneigt war. In Gerlachs Augen sind die Liberalen, die dem von ihm gewünschten Wahlrecht widersprechen, Abtrünnige oder wenigstens characterschwache Menschen (bezeichnend ist zum Beispiel die höhnische Art, mit der er [S. 95] Zweiten behandelt, weil er Bedenken gegen das allgemeine und direkte Wahlrecht geäußert hat). Tatsächlich aber haben sie sich doch in vollkommener Übereinstimmung mit ihren Parteigrundsätzen befunden. Amüsant ist es, daß Gerlach im Vorwort erklärt, er habe nur eine kritische Materialsammlung geben und seine eignen Ansichten in den Hintergrund treten lassen wollen. In Wahrheit drängt er diese keineswegs „in den Hintergrund“, sondern hält sie uns, wie ja auch schon aus den erwähnten Urteilen über die angeblich abtrünnigen Liberalen hervorgeht, recht dicht vor die Nase. Den Kartellreichstag von 1887 zum Beispiel nennt er „berücksichtigt“ (S. 104), obwohl doch ein anderer Ausfall der Wahlen damals Deutschland in große Gefahr gebracht hätte, und obwohl dem Siege der Kartellparteien zweifellos auch — Herr von Gerlach selbst zugejubelt hat! Wenn aber nach seiner Meinung sein mit so schroffen Urteilen vollgestopft Buch noch keine „eigenen Ansichten“ enthält, wie muß dann erst ein Buch aussehen, dem er mit Bewußtsein „eigne Ansichten“ einfügt!

B.

Reallexikon der prähistorischen, klassischen und frühchristlichen Altertümer von Dr. Robert Forrer. Mit 3000 Abbildungen. Berlin und Stuttgart, W. Spemann (1908). VIII und 940 Seiten Lexikonoktav. In diesem Werke hat der Verfasser (in Straßburg) auf Grund langjähriger Studien ein ungeheures Material in übersichtlicher Ordnung aufgehäuft, das das gesamte Altertum im weitesten Sinne, nicht nur die sogenannte Prähistorie, sondern auch den antiken Orient, soweit dessen Denkmäler zur Vergleichung in Betracht kommen, und auf der andern Seite die sich aus dem Altertum entwickelnde frühchristliche Kultur bis zur vollen Begründung der germanischen Herrschaft im Westen, dem Siege der Araber im Osten, also etwa bis 650 n. Chr. zusammenfaßt. Die innere Berechtigung dazu sieht er darin, daß in

den letzten, an Entdeckungen so überaus reichen Jahrzehnten die bisherigen Grenzen zwischen jenen lange getrennten Wissensgebieten gefallen sind, da man endlich dazu gelangt ist, die sogenannten prähistorischen Altertümer mit Hilfe der sicher datierten ägyptischen Denkmäler zeitlich einigermaßen zu fixieren. Ausreichende Literaturangaben sind den einzelnen wichtigern Artikeln (über 2000) beigelegt, vor allem aber eine Fülle von Abbildungen (im ganzen 3000), viele auf besondern Tafeln. Manche sind zu klein, aber das sind meist solche, die man anderwärts leicht in größerer Ausführung finden kann; die meisten erfüllen völlig ihren Zweck, viele werden hier zum erstenmal veröffentlicht. In Einzelheiten einzugehen, ist hier unmöglich; jede Stichprobe zeigt die volle Sachkunde des Verfassers. Hier und da wird sich ja auch eine Ausstellung machen lassen; so gibt der Artikel „Schiffe“ von dem antiken Seewesen namentlich der griechischen Blütezeit mit ihren ausgebildeten Ruder Schiffen keine genügende Vorstellung, und auch das Abbildungsmaterial ist hier unzureichend. Aber was will das sagen gegenüber dem unabherrschbaren Reichtum an Mitteilungen, vor allem über die prähistorische Zeit! Das Verdienst dieser Rieseneleistung, die der Verfasser ohne Mitarbeiter bewältigt hat, wird dadurch nicht im mindesten verringert, und den Zweck, dem Spezialforscher einen raschen und klaren Überblick über ihm ferner liegende Gebiete zu ermöglichen, hat er sicherlich erreicht. *

Südbayern, Tirol und Salzburg, Ober- und Nieder-Österreich, Steiermark, Kärnten und Krain. Handbuch für Reisende von Karl Baedeker. Mit 66 Karten, 12 Plänen und 8 Panoramen. 33. Auflage. Leipzig, Verlag von Karl Baedeker, 1908. Sobald die ersten Touristen in die Alpen schwirren und als Talschleicher oder Gipfelfürer frische Lebenskräfte und Erholung von den Strapazen der Winterarbeit suchen, pflegt auch eine neue Auflage des Baedeker zu erscheinen. Die vorliegende ist wieder an Seitenzahl bedeutend gewachsen (664), trotzdem ist das Buch handlich und verhältnismäßig leicht, da der Verlag sehr dünnes aber doch festes Papier verwendet hat. Die neuen Gebirgsbahnen sind schon berücksichtigt worden; so finden wir die Tauernbahn von Gastein bis Spittal, die Bahn von Bruneck nach Taufers, die Rittnerbahn und Virglbahn bei Bozen, die Monsbergbahn von Trient bis Malè und zur Mendel. Auch zahlreiche neugebaute Alpenvereinshöhlen sind in den Führer aufgenommen worden, z. B. das Hochalpenhaus im Karwendelgebirge, die Wormser Hütte am Kapelljoch im Montafon, die Brandenburger Hütte auf dem Kesselwandhoch in den Ötztaler Alpen mit dem Blick auf den gewaltigen Gopatschferner, die Egerer Hütte beim Seckofel in den südtiroler Dolomiten, die Westfalenhütte im Bisenfer Tal in den Stubai Alpen usw. Daß auch die neuen Alpenstraßen, z. B. die neue Dolomitenstraße, beschrieben sind, macht diese Ausgabe besonders wertvoll. Die Freunde des Baedeker würden es aber lebhaft begrüßen, wenn der Herausgeber dort schärfere Kritik übte, wo sie wirklich notwendig ist, vor allem bei vernachlässigten Wegen und bei ungenügenden oder irreführenden Bezeichnungen. Seit Jahren schon klagen die Touristen zum Beispiel über die verwahrlosten Zugänge zu einem der schönsten Aussichtspunkte, zur Hohen Salve; wir haben selbst den Aufstieg von Söll gemacht und müssen gestehn, daß hier wirklich eine Verbesserung dringend nötig wäre. Aber wer soll die Kosten tragen? Vielleicht erbarmt sich der Deutsch-österreichische Alpenverein einmal und nimmt sich der Hohen Salve etwas an. — Der Artikel in den Grenzboten „Bayerische Verkehrsmisere“ hat gute Wirkungen gehabt; die darin gerügten Übelstände sind in dieser Reisesaison im wesentlichen abgestellt worden. Wir bitten unsre Leser, uns von den Reisen und Wanderungen ihre Erfahrungen und Beobachtungen über allgemeine Schäden mitzuteilen. Eine Notiz in den Grenzboten pflegt in den maßgebenden Kreisen eine ganz besondere Wirkung zu haben.

